

**Sperrfrist: 19. Dezember 2017, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

**Deutschland gestalten mit Weitblick und Vision**

**Wirtschaftliche Lage und Perspektive  
des deutschen Groß- und Außenhandels  
- Ergebnisse der aktuellen BGA-Unternehmerumfrage -**

**Berlin, 19. Dezember 2017, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Kommen. Es ist mir eine große Freude, heute erstmals als BGA-Präsident in diesem Rahmen Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu geben über die wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Groß- und Außenhandels, aber auch, welche Aufgaben wir als Wirtschaft auf die nächste Bundesregierung zukommen sehen.

Besonders ins Auge sticht aktuell die hohe wirtschaftliche Dynamik im krassen Gegensatz zu dem politischen Stillstand hierzulande. Ich betone *hierzulande*, denn um uns herum sieht es ganz anders aus. Europa und die Welt sind in Unordnung und die guten Zahlen überlagern eine ganze Reihe von Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft. Ob die mit 7-Meilen-Stiefeln voranschreitende Digitalisierung, die weltweite Bedrohungen für den Freihandel oder die Zukunft Europas: Wir brauchen bald wieder eine Regierung, damit Deutschland wieder international handlungsfähig wird!

### **Großhandelsklima: gute Stimmung im Großhandel**

Meine Damen und Herren,

vor diesem Hintergrund hat der BGA in der ersten Dezemberhälfte seine Unternehmerumfrage durchgeführt.

Der BGA-Großhandelsklimaindikator zeigt sich sehr robust:

*(Grafik 1 und 2)*

Mit 131,3 Punkten – wobei Werte über 100 eine positive Stimmung widerspiegeln – bleibt er nahezu unverändert auf einem beeindruckend hohen Niveau. Die vielfältigen Herausforderungen und Unsicherheiten werden überlagert vom rund laufenden Geschäft. Kapazitätsauslastung und Auftragseingänge werden nach der Einschätzung der Unternehmen in den nächsten Monaten weiterhin leicht anziehen. Auch bei Umsätzen und Erträgen bleiben die Unternehmen positiv gestimmt. Erfreulich ist auch, dass die Unternehmen wieder mehr in Erweiterungen investieren wollen, auch wenn nach wie vor die Ersatzinvestitionen klar dominieren. Somit erwarten wir, dass der Großhandel nach zwei eher verhaltenen Jahren nun kräftig aufholt und erstmals auch wieder mehr Waren und Dienstleistungen verkaufen kann. Wir rechnen für das laufende Jahr 2017 mit einem Umsatzanstieg von real über zwei

Prozent und nominal über fünf Prozent. Mit einem Umsatz von voraussichtlich über 1.200 Milliarden Euro wird er das bisherige Allzeithoch im Jahr 2012 toppen.

Auch der Beschäftigungsaufbau im Großhandel hat kräftig zugelegt. Wurden 2016 noch 9.000 neue Stellen geschaffen, so werden es in diesem Jahr sogar 50.000 neue Stellen sein. Diese positive Einschätzung hat zwei Makel: Während der konsumnahe Großhandel stimmungsmäßig zulegen konnte, ist die Stimmung im Handel mit Maschinen, Anlagen und Rohstoffen deutlich eingebrochen. Und auch im baunahen Großhandel hat die Stimmung nachgegeben, obwohl sich niedrige Zinsen, steigende Einkommen und höhere Beschäftigung positiv auf den Wunsch nach eigenen vier Wänden und nach Modernisierungsmaßnahmen auswirken.

*(Grafik 3)*

Wir rechnen daher für den Großhandel im kommenden Jahr nur noch mit einem Anstieg um 2,5 Prozent auf 1.235 Milliarden Euro. Der reale Anstieg dürfte bei 0,3 Prozent liegen. Für die Beschäftigung im Großhandel dürfte dies mit einem weiteren Anstieg um bis zu 20.000 Arbeitsplätze verbunden sein. Der Großhandel könnte damit erstmals die 2-Millionen-Grenze überschreiten.

Meine Damen und Herren,

bewusst habe ich heute einmal den Großhandel, der Frühindikator für die Industrieproduktion und den Export ist, vorangestellt, um dessen volkswirtschaftliche Bedeutung in der Wertschöpfungskette zu unterstreichen. Blicken wir nun also über Deutschland hinaus und wenden uns dem Außenhandel zu: Auch hier sehen wir eine äußerst ambivalente Entwicklung: während sich das konjunkturell positive Umfeld im kommenden Jahr 2018 fortsetzen dürfte, sieht es strukturell deutlich trüber aus. Immerhin gibt es trotz Brexit, trotz des um sich greifenden Protektionismus und dem weiteren Unterlaufen der internationalen Ordnung durch die USA auch einige Lichtblicke. Dazu zählen das jüngst ausverhandelte Wirtschaftspartnerschafts-abkommen EU-Japan sowie der sich am Horizont abzeichnende Abschluss eines Handelsabkommens zwischen der EU und den Mercosur-Staaten – auch wenn der von uns präferierte Weg einer multinationalen Lösung im Rahmen der WTO wäre, der derzeit blockiert ist.

Lassen Sie mich hier ein Wort zur WTO und insbesondere zu deren, unserer Meinung nach, geringen Wertschätzung durch die USA sagen. Wir brauchen einen regelbasierten Freihandel und den garantiert seit Jahrzehnten die WTO oder deren

Vorgängerorganisation GATT. Deswegen finden wir es bedenklich, wenn die amerikanische Handelspolitik auf eine Schwächung dieser traditionell effizienten Organisation hinzielt. Wir befürworten ausdrücklich den weiteren Ausbau der WTO, bis neuerdings auch hin zu Regeln für den globalen e-Commerce. Zu den Lichtblicken zählt auch, dass sich in Europa Frankreich endlich auf den Weg macht, die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft zu verbessern.

Zunächst aber sind im laufenden Jahr 2017 die vielfältigen Risiken und Unsicherheiten nicht auf die Weltwirtschaft durchgeschlagen – wovon Deutschland als Exportnation besonders profitierte – und diese erfreuliche Entwicklung hat uns einige faustdicke Überraschungen beschert. So stiegen unsere Exporte in den ersten neun Monaten beispielsweise nach China um über 14 Prozent (+14,3% auf 63,4 Milliarden Euro), nach Russland fast um 22 Prozent (+21,9% auf 19,5 Milliarden Euro), nach Japan um fast 10 Prozent (+9,9% auf 14,7 Milliarden Euro) und nach Indien um knapp neun Prozent (+8,9% auf 7,8 Milliarden Euro). Ebenso erfreulich war aber auch die Entwicklung innerhalb der EU, darunter Frankreich (+3,9% auf 78,7 Milliarden Euro), Italien (+6,6% auf 48,8 Milliarden Euro) und Spanien (+6,9% auf 32,3 Milliarden Euro). Wenig überraschend hingegen war der Rückgang unserer Exporte nach Großbritannien im gleichen Zeitraum um -3,3 Prozent auf 64 Milliarden Euro.

Auch im nächsten Jahr wird sich unserer Einschätzung nach die Erholung der Weltwirtschaft zunächst fortsetzen. Die Antreiber dieser Entwicklung erwarten wir in den USA, der EU, Südostasien und China.

Für das kommende Jahr 2018 rechnen wir mit einem Wachstum der Ausfuhren von voraussichtlich fünf Prozent auf einen neuen Rekordwert von rund 1.340 Milliarden Euro und der Einfuhren um sieben Prozent auf 1.104 Milliarden Euro. Somit werden Exporte und Importe, die Ende 2017 erstmals die 1-Billionen-Euromarke überschreiten werden, neue Rekordmarken erreichen. Dies ist umso erfreulicher, da oftmals die Bedeutung der Importe für unsere Wettbewerbsfähigkeit unterschätzt wird.

*(Grafik 4)*

Mit diesem Rückenwind der Weltkonjunktur erwarten wir im kommenden Jahr 2018 ein gesamtwirtschaftliches Wachstum in Höhe von 1,8 Prozent für Deutschland nach 2,1 Prozent in diesem Jahr.

(Grafik 5)

Verbleibende Risiken sehen wir neben den Brexit-Auswirkungen im zunehmenden Protektionismus, der Schwächung der internationalen Organisationen, den Unruheherden im Nahen Osten und dem hohen Konfliktpotential in der Causa Nordkorea.

**Zukunft mit Weitblick und Visionen gestalten**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Politik lässt sich blenden von den guten Zahlen! Ohne Frage, es geht uns derzeit gut. Die deutsche Wirtschaft brummt, die Beschäftigung steigt auf immer neue Höchststände und die Staats- und Sozialkassen sind voll! Doch die Zahlen sind trügerisch! Denn wir leben nicht auf einer Insel der Glückseligen. Um uns herum weht ein zunehmend rauer Wind. Neben den politischen Umbrüchen erfordert der technologische Aufbruch mit den einhergehenden Veränderungen in der Wertschöpfung ein massives Umdenken bei uns Unternehmern wie auch in der Politik, um unsere Wohlfahrtsgewinne – und letztendlich unsere Zukunft – von morgen zu sichern.

So würde ich mir für die Unternehmen manchmal eine positivere Grundeinstellung für die Zukunft 4.0 wünschen. Als ganz zentral sehe ich an, dass es uns gelingt, in den Unternehmen einen Kulturwandel zu erzeugen, von der Führung bis zum Mitarbeiter. Wir sollten nicht zögern, sondern vielmehr den Aufbruch wagen! Nur Mut !

Aber ebenso darf die neue Bundesregierung nicht nur soziale Gerechtigkeit, Flüchtlinge und Energiepolitik in den Mittelpunkt stellen, sondern auch Zukunftsthemen wie Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur und internationaler Handel. Doch was sind die Themen, die jetzt im Zusammenhang mit einer GroKo diskutiert werden? Bürgerversicherung, Mindestrente, Ausweiten der Mütterrente, Abschaffung der rechtsgrundlosen Befristung. Alles teure und rückwärtsgewandte Wahlgeschenke vergangener Tage!

Gefordert ist vielmehr eine Politik mit Weitblick, die langfristige Perspektiven in Zeiten kurzfristigen Erfolgs schafft und über vier Jahre – bald nur noch dreieinhalb – hinaus denkt.

Unsere Unternehmen brauchen für die Gestaltung ihrer Zukunft MEHR Flexibilität. Das Korsett der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die uns die Politik setzt, muss

wieder lockerer geschnürt werden. Wir brauchen Gestaltungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten statt Schranken und neue Barrieren. Nicht umsonst klagen unsere Groß- und Außenhändler regelmäßig über die überbordende Bürokratie, eine hohe Steuerlast und zu starre Arbeitszeitregelungen. Dass ein Mitarbeiter, der am Abend noch mal kurz auf eine E-Mail reagiert, am nächsten Morgen eigentlich nicht um 9 Uhr ins Büro kommen darf, ist beispielsweise so ein Relikt aus vergangenen Tagen.

Wir brauchen eine Politik, die der Wirtschaft Chancen eröffnet und nicht ständig auf die Finger sieht – oder sogar haut. Entscheidende Modernisierungen – wie die Unternehmensteuerreform 2008 – liegen schon lange zurück. Die Politik konnte sich in den vergangenen zwei Legislaturperioden nicht zu grundlegenden, vorausschauenden Zukunfts-Konzepten durchringen. Derweil soll die geplante US-Steuerreform die USA für Investoren – auch deutsche – noch attraktiver machen. Die Diskussion hierzulande verkürzt sich zu sehr auf die Restriktionen für ausländische Importe in die USA. Diese sind absolut indiskutabel und deren WTO-Konformität äußerst fraglich. Darüber hinaus wäre eine solche Importsteuer eine weitere Belastung für das multilaterale Handelssystem. Doch die geplanten niedrigen Steuersätze, gezielte steuerliche Anreize bei Abschreibungen und zur Mobilisierung von Kapital für inländische Investitionen sowie die Entlastung des Mittelstandes erhöhen die steuerliche Attraktivität. Andere Staaten wie Großbritannien wollen folgen.

Deutschland und auch andere werden sich diesem internationalen Steuer-Wettbewerb stellen müssen. Schließlich sind inzwischen Steuern sowie die aus der Energiewende resultierende Belastungen für die Unternehmen maßgeblicher als die Personalkosten und somit ein entscheidender internationaler Wettbewerbsfaktor. Die Antwort kann daher nicht lauten, dass wir steuerlich weitermachen wie bisher, vielmehr ist eine Fortentwicklung unseres Unternehmensteuerrechts überfällig. Auch mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlages und insbesondere Signalen für die mittelständischen Unternehmen, beispielsweise mit besseren Regelungen für die Thesaurierung von einbehaltenen Gewinnen und durch den Abbau der ertragsunabhängigen Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer, würden klare Signale an den Mittelstand gesetzt.

Dafür muss man an den Grundzügen der Finanzpolitik nichts ändern, soll heißen: der Konsolidierungskurs darf nicht verlassen werden! Ich plädiere dafür, den

Verteilungsspielraum, der angesichts sprudelnder Steuereinnahmen noch bleibt, für Entlastungen und sinnvolle Zukunftsinvestitionen vor allem in drei Bereichen zu nutzen: in die Infrastruktur, und da meine ich nicht nur den Breitbandausbau, sondern auch Straßen und Brücken, Schienen und Wasserwege, Häfen und Flughäfen. Dann selbstverständlich auch in Bildung und Qualifizierung sowie in die Weiterentwicklung der digitalen Technologien – und deren Anwendung – in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Meine Damen und Herren,

für uns ist auch ganz wichtig, wie es mit Europa weitergeht. Das ist für uns der wichtigste Markt, unser Heimatmarkt und Basis für die weitere Globalisierung. Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Brexit – drei tiefgreifende Krisen haben die Schwächen der EU gnadenlos aufgedeckt. Und gerade sind diese Krisen auch Beleg dafür, dass wir die globalen Herausforderungen nur gemeinsam werden meistern können. Hierfür brauchen wir jedoch ein starkes Europa, das in der Welt selbstbewusst für seine Werte auf- und eintritt.

Für mich beginnt die eigentliche Arbeit im Zusammenhang mit dem Brexit erst nach der Abwicklung der unglücklichen Entscheidung Großbritanniens vor anderthalb Jahren. Danach müssen wir in der EU darüber nachdenken, was dazu geführt hat, dass ein so wichtiger Partner und Basisland der EU sich vom Rest der EU abgewandt hat. Was waren die Gründe hierfür und was müssen wir auf beiden Seiten des Kanals zukünftig anders machen? In der Abwicklung, im Umgang im Dominieren – oder der Empfindung der Dominanz?

Wir brauchen ganz sicher eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, aber auch eine Diskussion, in welchen Bereichen dies sinnvoll ist und in welchen sie unnötig oder sogar kontraproduktiv ist. Ebenso brauchen wir eine Diskussion um die Reform der europäischen Institutionen. Von Deutschland wird eine Antwort auf die Vision des französischen Präsidenten erwartet.

Haftung und Verantwortung müssen wieder Hand in Hand gehen bei der Haushaltsdisziplin. Diskretionäres politisches Handeln muss eingeschränkt werden durch klare und transparente Regeln zur Sicherung der Wirksamkeit der Märkte.

Derweil geht die Brexit-Achterbahnfahrt in die zweite Runde. Mit großer Erleichterung hatten wir die vorläufige Einigung in den Verhandlungen zu Kenntnis genommen, um dann doch wieder im Tal der Enttäuschung zu landen. Die Infragestellung der

Einigung durch die nationale Politik gibt einen Vorgeschmack, wie schwierig die weiteren Verhandlungen sein werden. Wir können dabei immer nur wieder betonen, dass der politische Prozess nicht synchron zu den unternehmerischen Entscheidungen verläuft. Das heißt Anfang des kommenden Jahres werden viele Unternehmen darüber entscheiden, wie sie weiter im britischen Markt präsent sein werden, denn wir brauchen mindestens ein Jahr, um die Planungen dann auch umzusetzen. Anfang des Jahres werden wir voraussichtlich jedoch mit den politischen Verhandlungen nicht viel weiter sein. Lange Übergangsfristen sind damit unausweichlich, wenn man einen unkontrollierten Austritt vermeiden möchte.

Die Themenpalette für jetzt reicht dabei weit über reine Zollformalitäten hinaus. Vielmehr reicht sie von abweichenden Regulierungen, Fragen der Verfahren für Produktzulassungen über Datenschutzregelungen und Steuerfragen bis hin zu gesellschaftsrechtlichen Fragen wie der zukünftigen Nichtanerkennung der Limited-Rechtsform.

Aber die Zukunftsfragen müssen erst noch auf den Tisch, da hat auch Chefunterhändler Barnier zuletzt hier in Berlin betont!

Letztendlich müssen wir dahin kommen, dass unsere Kinder wieder mit dem Vereinigten Königreich über eine Wiederaufnahme in eine reformierte, zukunftsorientierte EU verhandeln können!

Meine Damen und Herren,

deutsche Produkte und Technologien sind gefragter denn je und dies national, europaweit und global! Die wirtschaftliche Ausgangslage für eine Fortsetzung der konjunkturellen Dynamik in Deutschland und auch in Europa ist günstig.

Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind dabei zwei Seiten derselben Medaille.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!